

Gefährliche Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr : Bereitschaft der eigenen Armee gefährdet

Autor(en): **Kurz, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **66 (1993)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-519816>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Analyse der Volksabstimmung vom 6. Juni 1993

Polarisierung bei Militärfragen wird immer stärker

Noch nie hat eine Volksabstimmung über Militärfragen die Schweiz derart stark polarisiert wie jene vom 6. Juni. Bei Waffenplatz- und FA-18-Initiative zeigte sich der Graben zwischen armeefreundlichem und -kritischem Lager sowohl auf der Ebene der Gemeinden und Kantone wie auch – und vor allem – zwischen den Sprachregionen. Dies zeigt eine Studie, die das Bundesamt für Statistik (BFS) publizierte.

(sda) Erarbeitet wurde die Studie vom Zürcher Soziologen Andreas Ladner im Auftrag der BFS. Sie kommt zum Ergebnis, dass in dem Plebiszit über die Zukunft der Schweizer Armee die mehrheitlich armeekritische lateinische Schweiz in ihrem Stimmverhalten homogener war als die Deutschschweiz. In letzterer standen sich ländlich, armeefreundliche Gemeinden und armeekritische Städte und Agglomerationen gegenüber.

Konflikt zwischen Zentren und peripheren Gebieten

Ähnlich wie bei der EWR-Abstimmung zeigte sich – vor allem in der Deutschschweiz – ein Konflikt zwischen den Zentren, welche neuen Ideen gegenüber offener sind, und den traditionellen, bewahrenden Peripherie-Gemeinden. Seit 1981 war bei den Gemeinden die Abweichung vom gesamtschweizerischen Mittelwert nie mehr so gross gewesen wie beim Urnengang vom 6. Juni.

Die regionale Polarisierung schlägt sich auch auf der Ebene der Kantone nieder. Ein Vergleich mit der Abstimmung von 1989 über eine «Schweiz ohne Armee» zeigt, dass sich zwischen den Kantonen ein Graben aufgetan hat: Heute sind die militärkritischen Kantone noch kritischer, die militärfreundlichen noch militärfreundlicher.

Die kantonalen Ergebnisse widerspiegeln sich in den Sprachregionen: In den deutschsprachigen

Gemeinden wurde die FA-18-Initiative mit 39,5 Prozent Ja-Stimmen deutlich abgelehnt, in den französischsprachigen Gemeinden jedoch mit 50,3 Prozent und in den italienischsprachigen Gemeinden mit 54,8 Prozent angenommen. Das gleiche Muster bei leicht höheren Werten zeigt sich auch bei der Waffenplatz-Initiative: Deutschschweiz 40,8 Prozent, Romandie 53,8 Prozent und Tessin 56,2 Prozent Ja-Stimmen.

Partei-Empfehlungen gefolgt

Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten in den Gemeinden wird mit dem «politisch-ideologischen Klima» erklärt: Je grösser der Wähleranteil der bürgerlichen und rechten Parteien, desto geringer war die Zustimmung zu den beiden Initiativen – je grösser der Anteil linker und grüner Parteien, desto grösser waren die Ja-Stimmenanteile. Die Wählerinnen und Wähler leisteten für einmal den Abstimmungsempfehlungen der Parteien weitgehend Folge.

Einen wesentlichen Einfluss auf das Stimmverhalten hatten in der Deutschschweiz gemäss der Studie auch die Kriterien Bildung und Pro-Kopf-Einkommen: Je grösser der Anteil an Personen mit höherer Schulbildung und je höher das Pro-Kopf-Einkommen, desto höher der Ja-Stimmenanteil. In der italienisch- und der französischsprachigen Schweiz besteht hingegen kein entsprechender systematischer Zusammenhang.

Von einem Militärflug- oder Waffenplatz direkt betroffene Gemeinden waren den Initiativen gegenüber insgesamt eher kritisch eingestellt. Es gibt jedoch eine stattliche Zahl von mittelbar betroffenen Gemeinden, welche die Initiativen überdurchschnittlich stark unterstützten: Rund 30 Prozent der 130 durch Militärflugzeuge beeinträchtigten Gemeinden und etwa 35 Prozent der 260 Waffenplatz-Gemeinden wiesen Ja-Stimmenanteile auf, die über dem Ja-Stimmenanteil in ihrem Kanton lagen. Die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» hatte am 6. Juni 42,9 Prozent Ja-Stimmen erhalten. Die Initiative «40 Waffenplätze sind genug» kam auf 44,7 Prozent Ja-Stimmen. Die Kantone Tessin, Genf und Jura sowie die beiden Basel nahmen beide Initiativen an, die Waffenplatz-Initiative erzielte darüber hinaus auch in den Kantonen Neuenburg, Freiburg und Waadt mehr als 50 Prozent der Stimmen.

Gefährliche Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr

Bereitschaft der eigenen Armee gefährdet

Die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz lancierte Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr hätte bei einer Annahme schwerwiegende Konsequenzen nicht nur für die schweizeri-

sche Exportwirtschaft; auch die materielle Bereitschaft der eigenen Armee wäre aufs höchste gefährdet.

Bundesrat, Parlament und Volk haben den Willen zur militärischen

Selbstbehauptung der Schweiz in jüngster Zeit wiederholt deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Versorgung der Armee mit Waffen und Geräten – auch aus dem eigenen Land – ist untrennbar damit verbunden. Jedes Land, das sich eine ernstzunehmende Verteidigungsfähigkeit zum Ziel gesetzt hat, legt Wert darauf, über eigene Möglichkeiten zur Produktion von Waffen und Geräten zu verfügen. Besonders wichtig sind angesichts der in diesem Bereich raschen technologischen Fortschritte Forschung und Entwicklung.

Waffen und Geräte können aber nur dann zu vernünftigen (für den Käufer tragbaren) Bedingungen im Inland produziert werden, wenn ein gewisser Export (der die Stückzahl erhöht und die Entwicklungskosten breit verteilt) grundsätzlich möglich ist. Wird die Ausfuhr verboten, dann müssen die Produktionsanlagen stillgelegt werden; der Heimmarkt Schweiz ist für eine rationelle Produktion viel zu klein. Die Folgen sind offensichtlich.

Fatale Auslandabhängigkeit

«Bei Annahme der Initiative müsste sich die Schweizer Armee weitestgehend im Ausland eindecken – mit fatalen Folgen: Wer garantiert, dass im Krisen- oder gar

Kriegsfall der Nachschub klappt? Und wer nimmt in Kauf, dass die eigene materielle Bereitschaft der einst vom Gutdünken einer ausländischen Macht abhängig wird? Eine Schweiz, die im Ernstfall wallfahren muss – eine düstere Vision. Es geht aber nicht nur um beschaffungstechnische Aspekte; eine zentrale Rolle spielt in der Armee (und gerade im Milizsystem) der Unterhalt.

Die absehbare Einstellung jeder Rüstungsproduktion im Inland müsste die Fähigkeit der Miliz, Unterhalt und Reparatur des anspruchsvollen Materials sicherzustellen, stark beeinträchtigen. Wer Waffen und Geräte nicht selber herstellt (oder sich zumindest an der Herstellung beteiligt), verliert zunehmend die Fertigkeit, dieses Material auch zu warten. Ergo müsste in vermehrtem Mass auf Berufspersonal zurückgegriffen oder müssten sogar Arbeiten ins Ausland vergeben werden. Dadurch entstünden einerseits bedeutende Mehrkosten. Und andererseits wäre auch hier zu fragen: Wer stellt den Unterhalt im Ernstfall sicher? Die weitab gelegene ausländische Lieferfirma?

Nicht isoliert betrachten

Es hält nicht leicht, der Argumentation der Initianten zu folgen.

Wenn es rechtens ist, sich im Ausland mit Waffen einzudecken, kann es nicht illegitim sein, dass andere Staaten Waffen in der Schweiz erwerben. Könnte man meinen. Der Kreis ist aber weiter zu ziehen. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Anvisiert ist die schweizerische militärische Landesverteidigung. Wer das Recht auf Notwehr mit Waffen bestreitet, lehnt auch die Armee ab.

Dabei darf die Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr nicht isoliert betrachtet werden. Sie bewegt sich im Rahmen einer Gesamtkampagne. Zu dieser gehört namentlich auch die Initiative zur Halbierung des Militärbudgets (mit der – durchaus folgerichtig – die eigene Rüstung massiv eingeschränkt werden soll). Weitere Vorstösse sind unterwegs oder angekündigt.

Deshalb sind Wachsamkeit und eine rechtzeitige Auseinandersetzung mit dieser radikalen Initiative dringend geboten.

Andreas Kurz

Warum hat die belgische Armee ihre Panzer gelb angestrichen?
Damit der Feind glaubt, es handle sich um Briefkästen.

TEMPOTIME HANSPETER WYSS



Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu